

Auswertung MDRfragt zum Thema:

„Arzneimittelknappheit: Reale Gefahr oder Panikmache?“

Befragungszeitraum: 16.01. - 19.01.2023

26.182 Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Die Ergebnisse in der Übersicht:

1) Persönliche Betroffenheit

- Arzneimittelknappheit bereitet knapp zwei Dritteln Sorge
- Mehr als ein Drittel selbst betroffen von Arzneimittelknappheit
⇒ *Eltern minderjähriger Kinder besonders stark betroffen*

2) Forderungen an die Politik

- Drei Viertel finden: Die Politik tut zu wenig gegen die Arzneimittelknappheit
- Fast jeder fordert Rückkehr der Produktion nach Deutschland und Europa
- Aussetzung der Festbeträge für Kinderarznei: Nur knapp die Hälfte findet Lauterbachs Ansatz sinnvoll
- Mehrheit kritisiert Zustand des Gesundheitssystems
- ...aber: Deutliche Mehrheit ist mit persönlicher Versorgung im Gesundheitssystem zufrieden

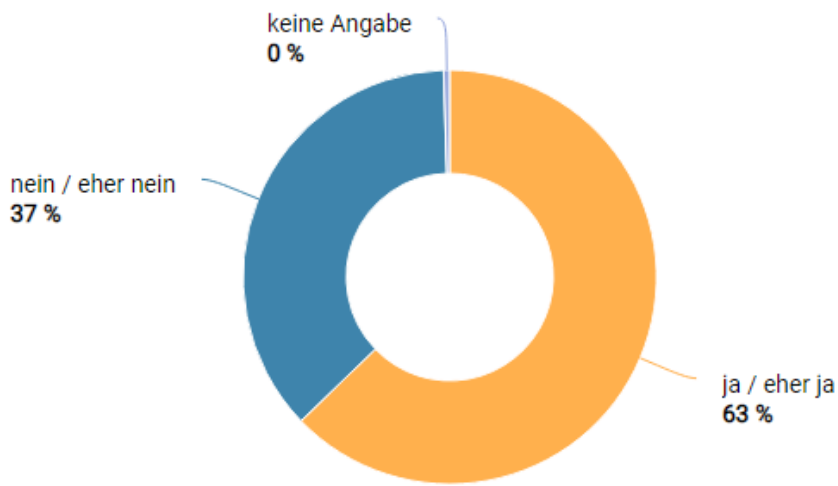
3) Konsequenzen und Einordnung des Themas

- Große Mehrheit rechnet mit steigenden Krankenkassenbeiträgen
- Fast ein Fünftel bevorratet sich aktuell mit Arzneimitteln
- Mehrheit findet nicht, dass das Thema medial aufgebauscht wird

Arzneimittelknappheit bereitet knapp zwei Dritteln Sorge

Die Arzneimittelknappheit bereitet knapp zwei Dritteln der MDRfragt-Mitglieder, die sich an der Befragung beteiligt haben, Sorge (63 %). 37 Prozent sind diesbezüglich aktuell nicht besorgt.

Frage: Bereiten Ihnen Versorgungsengpässe bei Arzneimitteln aktuell Sorge?



Mehr als ein Drittel selbst betroffen von Arzneimittelknappheit

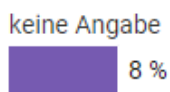
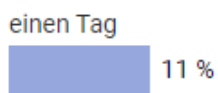
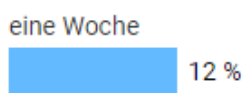
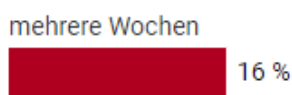
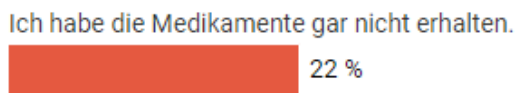
Mehr als ein Drittel der Befragungsteilnehmerinnen und –teilnehmer (37 %) haben nach eigenen Angaben in den letzten Monaten Erfahrungen damit gemacht, dass einige Arzneimittel nicht oder nur schwer zu bekommen waren. 62 Prozent hat das Thema in den letzten Monaten nicht betroffen.

Frage: *Wie ist das bei Ihnen? Haben Sie persönlich in den letzten Monaten Erfahrungen mit knappen Arzneimitteln gemacht?*

● ja ● nein ● keine Angabe



Rund ein Drittel derjenigen, die betroffen waren, musste maximal mehrere Tage auf die gewünschten Medikamente warten (31 %). In 22 Prozent der Fälle war das Medikament jedoch gar nicht erhältlich. 16 Prozent haben mehrere Wochen gewartet.



Anhand der Ergebnisse zeigt sich, dass **Eltern minderjähriger Kinder** von den Arzneimittelengpässen deutlich stärker betroffen waren als andere Befragungsteilnehmer:

● ja ● nein ● keine Angabe

Gesamt



Eltern minderjähriger Kinder



keine Eltern minderjähriger Kinder



Bei ihnen ist auch der Anteil derer, die die Arznei gar nicht erhalten haben, größer:

● mehrere Tage ● Ich habe die Medikamente gar nicht erhalten. ● mehrere Wochen ● eine Woche
● einen Tag ● keine Angabe

Gesamt



Eltern minderjähriger Kinder



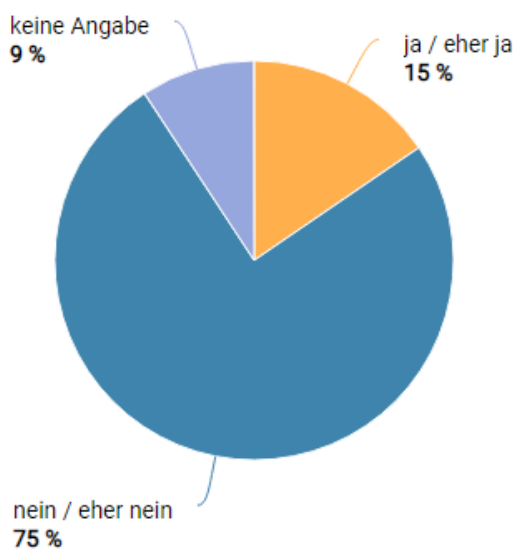
keine Eltern minderjähriger Kinder



Drei Viertel finden: Die Politik tut zu wenig gegen die Arzneimittelknappheit

Die Politik tut aktuell nicht genug, um die Versorgung mit Arzneimitteln zu gewährleisten: Das sehen 75 Prozent der Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer so. Lediglich 15 Prozent sind mit den Anstrengungen der Politik in diesem Bereich zufrieden.

Frage: Haben Sie das Gefühl, dass die Politik aktuell genug unternimmt, um die Versorgung mit Arzneimitteln zu gewährleisten?



Fast jeder fordert Rückkehr der Produktion nach Deutschland und Europa

Mehr Anreize schaffen, um wieder mehr Arzneimittel in Deutschland oder Europa zu produzieren: Das fordern 92 Prozent der Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer von der Politik, um das Problem der Versorgungsengpässe bei Arzneimitteln zu lösen.

Auch die Idee, dass Krankenkassen nicht mehr ausschließlich – wie bislang – mit den günstigsten Arzneimittelherstellern Verträge schließen dürfen, begrüßt die deutliche Mehrheit (71 %).

Zudem sollten Apotheken mehr Medikamente selbst herstellen und dafür entsprechend vergütet werden, fordern 59 Prozent der Teilnehmenden.

Dass es keiner weiterer Maßnahmen bedarf, also schon genug getan wird, findet kaum jemand (1 %).

Frage: Was müsste Ihrer Ansicht nach noch getan werden, um das Problem der Versorgungsengpässe bei Arzneimitteln zu lösen? Bitte wählen Sie alles aus, was Sie für sinnvoll halten.

Es sollten Anreize geschaffen werden, um wieder mehr Arzneimittel in Deutschland bzw. Europa zu produzieren.



Krankenkassen sollten nicht mehr ausschließlich - wie bislang - mit den günstigsten Herstellern Verträge schließen dürf...



Apotheken sollten mehr Medikamente selbst herstellen und dafür entsprechend vergütet werden.



Der Staat sollte, wie in der Corona-Zeit, Abgabegarantien an die Hersteller für bestimmte Medikamente geben.



Krankenkassen sollten dauerhaft höhere Preise für Arzneimittel an die Herstellerfirmen zahlen dürfen.



keine Angabe



Es bedarf keiner weiterer Maßnahmen.



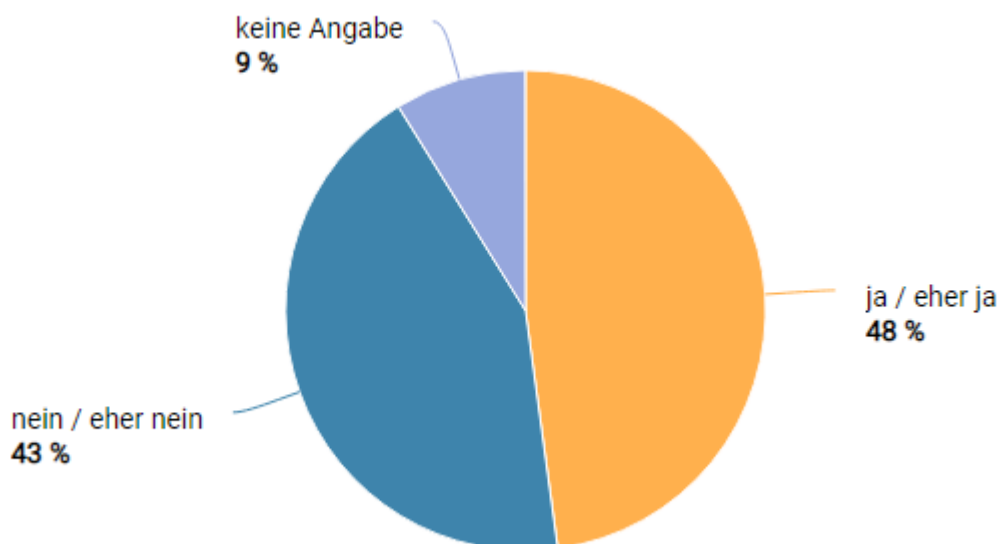
Aussetzung der Festbeträge für Kinderarznei: Nur knapp die Hälfte findet Lauterbachs Ansatz sinnvoll

Insbesondere Kinder-Arzneimittel waren in den vergangenen Wochen knapp. Ab Februar sollen nun die sogenannten Festbeträge für bestimmte Kinder-Arzneimittel für drei Monate komplett ausgesetzt werden. Dadurch können die Krankenkassen den Arzneimittelherstellern vorübergehend mehr Geld für die entsprechenden Produkte zahlen als bislang. Die Hoffnung: Wenn sie die Medikamente zu höheren Preisen verkaufen können, könnte das für Pharmafirmen ein Anreiz sein, wieder mehr davon nach Deutschland zu liefern. Und: Kassenpatienten bekommen dann auch teurere Alternativprodukte zu den normalen Konditionen in der Apotheke, für die sie sonst Zusatzkosten zahlen mussten. Gleichzeitig steigen damit die Kosten für unser Gesundheitssystem.

Diesen Ansatz von Karl Lauterbach – Festbeträge für Kinder-Arzneimittel auszusetzen – findet die knappe Hälfte der MDRfragt-Mitglieder, die sich an dieser Befragung beteiligt haben, sinnvoll (48 %). Allerdings ist der Anteil derjenigen, die die Idee als nicht sinnvoll ablehnen, nur unwesentlich kleiner (43 %).

Frage: Insbesondere Kinder-Arzneimittel waren in den vergangenen Wochen knapp. Ab Februar sollen nun die sogenannten Festbeträge für bestimmte Kinder-Arzneimittel für drei Monate komplett ausgesetzt werden. Dadurch können die Krankenkassen den Arzneimittelherstellern vorübergehend mehr Geld für die entsprechenden Produkte zahlen als bislang. Die Hoffnung: Wenn sie die Medikamente zu höheren Preisen verkaufen können, könnte das für Pharmafirmen ein Anreiz sein, wieder mehr davon nach Deutschland zu liefern. Und: Kassenpatienten bekommen dann auch teurere Alternativprodukte zu den normalen Konditionen in der Apotheke, für die sie sonst Zusatzkosten zahlen mussten. Gleichzeitig steigen damit die Kosten für unser Gesundheitssystem. Halten Sie diese Maßnahme für sinnvoll?

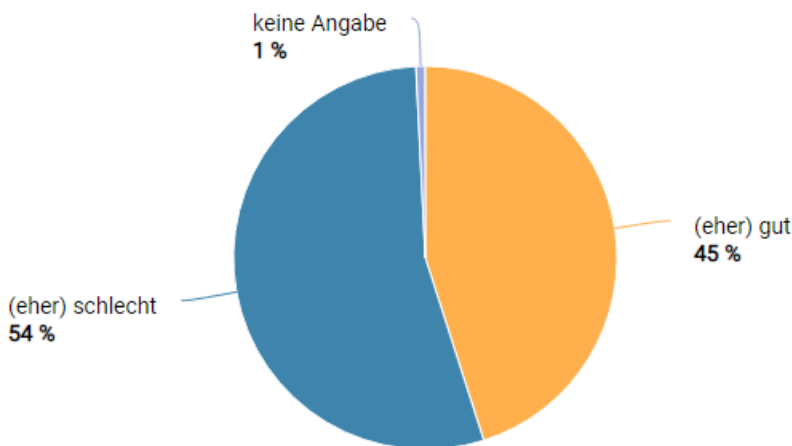
7



Mehrheit kritisiert Zustand des Gesundheitssystems

Mehr als die Hälfte der MDRfragt-Mitglieder, die sich an der Befragung beteiligt haben, bewerten den Zustand unseres Gesundheitssystems als schlecht oder eher schlecht (54 %). Dagegen sind 45 Prozent zufrieden damit.

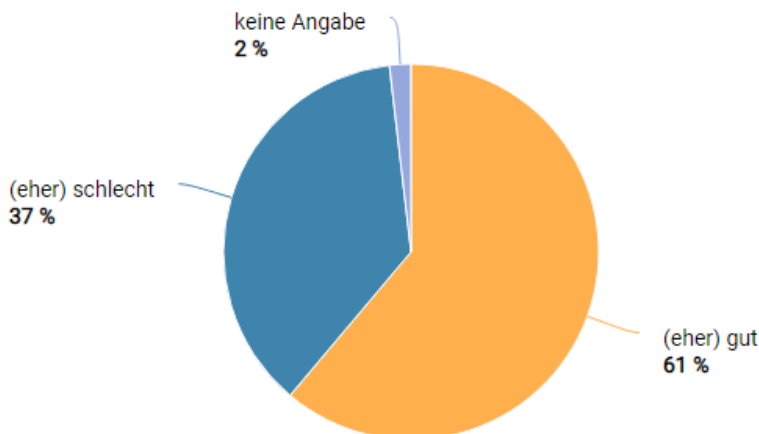
Frage: Zunächst einmal allgemein: Wie bewerten Sie den Zustand unseres Gesundheitssystems?



8 ...aber: Deutliche Mehrheit ist mit persönlicher Versorgung im Gesundheitssystem zufrieden

Persönlich fühlt sich jedoch die deutliche Mehrheit der Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer (61 %) gut versorgt im deutschen Gesundheitssystem. Schlecht versorgt fühlen sich dagegen 37 Prozent.

Frage: Wie fühlen Sie sich persönlich versorgt im Gesundheitssystem?



Große Mehrheit rechnet mit steigenden Krankenkassenbeiträgen

Dass mögliche Maßnahmen zur Sicherstellung einer zuverlässigen Arzneimittelversorgung perspektivisch zu einer Anhebung der Krankenkassenbeiträge führen könnten, davon gehen 88 Prozent der Befragungsteilnehmenden aus. 8 Prozent denken das dagegen nicht.

Frage: Denken Sie, dass mögliche Maßnahmen zur Sicherstellung einer zuverlässigen Arzneimittelversorgung perspektivisch zu einer Anhebung der Krankenkassenbeiträge führen könnten?

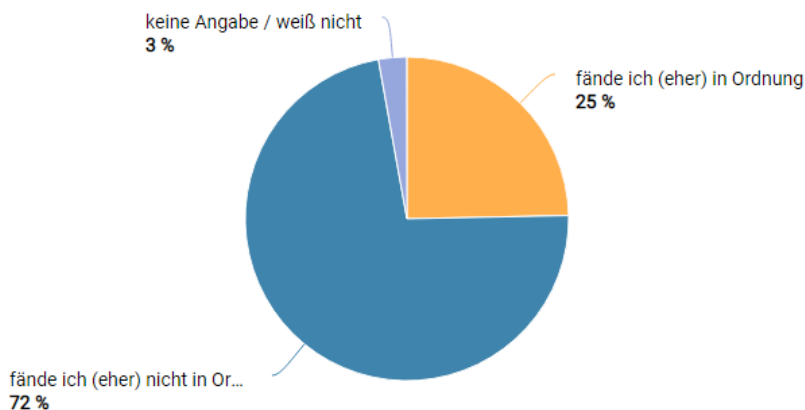


9

Drei Viertel fänden Anhebung der Kassenbeiträge in diesem Fall nicht in Ordnung

72 Prozent fänden es nicht in Ordnung, wenn in diesem Fall die Kassenbeiträge angehoben würden. Aber: Ein Viertel – 25 Prozent – fände es in Ordnung, wenn die Beiträge steigen würden, um die Arzneimittelversorgung zu verbessern.

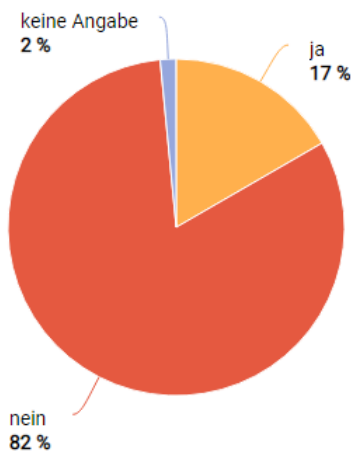
Frage: Und wie fänden Sie eine Anhebung der Krankenkassenbeiträge in diesem Fall?



Fast ein Fünftel bevorratet sich aktuell mit Arzneimitteln

Aufgrund möglicher Arzneimittel-Engpässen haben sich in den vergangenen Wochen 17 Prozent mit bestimmten Medikamenten. 82 Prozent und damit die deutliche Mehrheit tut das jedoch nicht.

Frage: Bevorraten Sie sich aufgrund möglicher Arzneimittel-Engpässe derzeit mehr als sonst mit bestimmten Medikamenten oder haben Sie das in den vergangenen Wochen getan?



10

Eltern minderjähriger Kinder, die sich an der Befragung beteiligt haben, bevorraten sich aktuell nach eigenen Angaben stärker mit Arzneimitteln als andere Befragungsteilnehmende:

● ja ● nein ● keine Angabe

Gesamt



Eltern minderjähriger Kinder



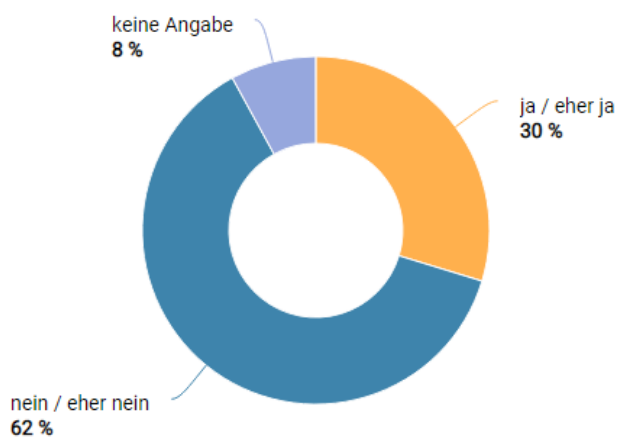
keine Eltern minderjähriger Kinder



Mehrheit findet nicht, dass das Thema medial aufgebauscht wird

Dass das Thema Arzneimittelknappheit in den Medien größer gemacht wird, als es tatsächlich ist, sieht die Mehrheit nicht so (62 %). 30 Prozent haben jedoch schon das Gefühl, dass das Thema medial aufgebauscht wird.

Frage: Sind Sie der Ansicht, dass das Thema in den Medien größer gemacht wird, als es tatsächlich ist?



Hinweise zur Auswertung

Die Befragung vom 16.01. - 19.01.2023 stand unter der Überschrift:

Arzneimittelknappheit: Reale Gefahr oder Panikmache?

Insgesamt sind bei MDRfragt 63.157 Menschen aus Mitteldeutschland angemeldet (Stand 19.01.2023, 12.30 Uhr).

26.182 Menschen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben online an dieser Befragung teilgenommen.

Verteilung nach Altersgruppen:

16 bis 29 Jahre:	282 Teilnehmende
30 bis 49 Jahre:	3.582 Teilnehmende
50 bis 64 Jahre:	11.047 Teilnehmende
65+:	11.271 Teilnehmende

Verteilung nach Bundesländern:

Sachsen:	13.429 (51 Prozent)
Sachsen-Anhalt:	6.405 (24 Prozent)
Thüringen:	6.348 (24 Prozent)

Verteilung nach Geschlecht:

Weiblich:	12.190 (47 Prozent)
Männlich:	13.933 (49 Prozent)
Divers:	59 (0,2 Prozent)

Die Ergebnisse der Befragung sind nicht repräsentativ. Wir haben sie allerdings in Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Beirat nach den statistischen Merkmalen Bildung, Geschlecht und Alter gewichtet. Das heißt, dass wir die Daten der an der Befragung beteiligten MDRfragt-Mitglieder mit den Daten der mitteldeutschen Bevölkerung abgeglichen haben.

Aufgrund von Rundungen kann es vorkommen, dass die Prozentwerte bei einzelnen Fragen zusammengerechnet nicht exakt 100 ergeben.